

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 40. Ratssitzung vom 6. März 2019

973. 2019/53

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Christina Schiller (AL) vom 30.01.2019:

Aufbau eines Angebots für die psychiatrisch-psychotherapeutische Beratung und Behandlung von Sexarbeitenden im Ambulatorium Kanonengasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 885/2019): Unabhängig von unserer persönlichen Haltung zum Thema Sexarbeit sind wir uns alle einig, dass die Tätigkeit hochkomplex und risikobehaftet ist. Das Hauptrisiko ergibt sich aus der cisheteronormativen patriarchalen Struktur unserer Gesellschaft. Das zeigt sich an der aktuellen Gesetzgebung. Wir sind nicht in der Lage, einen Aufenthaltsschutz für diese Menschen zu gewährleisten, ihre Arbeit oder basalste Menschenrechte zu schützen. Erst die in Gesetzesform gegossene patriarchale Ordnung liefert den Rahmen für den pseudoliberalen Sexmarkt, der heute auf der Strasse besteht und der dafür verantwortlich ist, dass Frauen sich für wenige Franken prostituieren müssen. Die Folge der Schutzlosigkeit vor den verschiedenen Gewaltformen sind auf der körperlichen Ebene zu sehen. Einerseits sind es die übertragbaren Infektionen, aber auch unerwünschte Schwangerschaften. Der Bericht des vorherigen Traktandums zeigt, dass diese Probleme im Ambulatorium an der Kanonengasse gut behandelt werden. Aber für die Folgen auf der psychischen Ebene gibt es keine Stelle, die spezifisch auf die Probleme der Sexarbeitenden eingeht, die sich mit den psychischen Folgen der körperlichen Problematik auseinandersetzt oder die die psychischen Narben der permanenten Stigmatisierung der Sexarbeit behandelt. Die Frauen und Männer und alle dazwischen, die heute mit solchen Problemen an die Kanonengasse treten, werden auf andere Angebote verwiesen. Das funktioniert wegen des therapeutischen Settings nicht. Einerseits befinden sich die Sexarbeitenden immer weniger lang in der Stadt, so dass eine reguläre Therapieform nicht möglich ist und andererseits funktioniert es erfahrungsgemäss nicht, jemanden, der bereits stigmatisiert ist, zu einer Psychiaterin oder einem Psychiater zu verweisen. Wenn die Sexarbeitenden schliesslich doch bei einer Therapeutin oder einem Therapeuten des Psychologischen Dienst der Stadt Zürich, im Universitätsspital oder in der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich landen, dann gibt es dort leider niemanden mit Kenntnissen bezüglich der sexualisierten Gewalt. Das kann ich bestätigen, da ich derjenige bin, der die letzte sexualmedizinische Sprechstunde am Universitätsspital führte. Seit April 2015 ist diese Stelle nicht mehr besetzt. Hier setzt unser Postulat an. Ein neues Angebot soll eröffnet werden. Das Postulat entstand in Rücksprache mit den Organisationen, die mit den Sexarbeitenden zu tun haben und mit vereinzelt Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern. Das Angebot muss niederschwellig sein; das Ambulatorium an der Kanonengasse funktioniert bereits so. Die psychiatrische Behandlung muss in einem Gesamtkonzept integriert sein. Die Psychiaterin oder der Psychiater

muss Teil des Teams sein und die psychische Gesundheit wird dabei nicht von der körperlichen Gesundheit getrennt. Das Angebot muss spezialisiert sein. Die Gesundheitsdienste müssen eine geeignete Person engagieren oder entsprechend ausbilden. Das Angebot muss ausserdem digital sein, weil die Sexarbeitenden äusserst mobil sind. In den letzten Jahren kam es in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Welt zu vielen Veränderungen, ein Beispiel sind Skype-Therapien. Das Ziel ist, die psychische Gesundheit dieser Menschen zu garantieren, sie wieder zu etablieren. Es handelt sich um einen Schritt in Richtung Empowerment der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter, damit sie sich entscheiden können, ob sie diese Tätigkeit weiterführen wollen oder nicht.

Rolf Müller (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 27. Februar 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP ist nicht überzeugt und lehnt das Postulat entschieden ab. Unserer Ansicht nach ist der Bedarf eines solchen Angebots nicht ausgewiesen. Der Berufsgruppe des ältesten Gewerbes muss klarwerden, welchen Gefahren und welchem Risiko sie sich aussetzt. Deshalb sollten diese Personen nicht speziell behandelt werden. Auch andere Berufsgruppen sind einem gewissen Risiko und körperlichen und psychischen Gesundheitsproblemen ausgesetzt. Sie müssen sich selbst schützen und dafür besorgt sein, dass sie gesund bleiben. Für keine andere Berufsgruppe wird ein solches Postulat eingereicht, mit dem Massnahmen von der öffentlichen Hand gefordert werden.

Weitere Wortmeldungen:

Marion Schmid (SP): Wir unterstützen das Postulat. Aus unserer Sicht ist der Bedarf eines solchen Angebots ausgewiesen. Für diese Bevölkerungsgruppe, deren schwierige Ausgangslage nicht vergleichbar ist mit anderen Bevölkerungsgruppen, sehen wir es als notwendig, dass die Stadt ein entsprechendes Angebot aufstellt. Wie das schliesslich funktionieren wird, ist für uns noch nicht klar: Diese Menschen befinden sich immer weniger lang in der Stadt. Eine psychologische Begleitung verlangt aber eine gewisse Kontinuität, was eine grosse Herausforderung bedeutet. Da der Stadtrat aber bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, möchten wir uns dem nicht in den Weg stellen.

Guy Krayenbühl (GLP): Wir diskutierten das Postulat intensiv in unserer Fraktion. Wir anerkennen, dass mobile Sexarbeiterinnen besonders ausgewiesenen Problemen im Bereich der Psyche ausgesetzt sind. Wir fragen uns jedoch, ob es sich beim Ambulatorium Kanonengasse tatsächlich um den niederschweligen Ort handelt, der aufzusuchen ist und ob es nicht die SeGZ, die Frauenberatung Flora Dora oder die Beratungsstelle Isla Victoria sein kann. Wenn eine psychotherapeutische Beratung angeboten wird, muss eine Psychiaterin oder ein Psychiater angestellt werden. Das war am Universitäts-spital bereits sehr schwierig. Darum stellt sich die Frage, ob für das Ambulatorium Kanonengasse eine Ärztin oder einen Arzt gefunden werden kann. Eine Therapie ist auf eine gewisse Länge angewiesen, die Betroffenen sind aber sehr mobil, was eine Problematik darstellt. Es gibt mobile Sexarbeiterinnen, die vielleicht einen Monat in Zürich arbeiten und dann beispielsweise in Köln. Man müsste sie über Skype betreuen und bei Fremdsprachigkeit zusätzlich einen Dolmetscher beiziehen. Darum stellt sich die Frage der Kosten und wie weit die Aufgabe der Stadt gehen sollte, Menschen europaweit zu

betreuen. Insgesamt kamen wir zum Schluss, das Postulat abzulehnen.

Corina Ursprung (FDP): Die FDP unterstützt das Postulat. Auch wir stellen uns Fragen bezüglich des Settings und den Grenzen. Sicher ist, dass Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter psychische Probleme haben, wie das auch sehr viele andere Menschen haben, und dass keine entsprechenden Angebote bestehen. Für gewisse Gruppen ist ein niederschwelliges Angebot notwendig.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Auch wir halten das Postulat für einen sinnvollen Vorstoss. Heute gibt es kein solches Angebot. Auch wenn es sich um das älteste Metier der Welt handelt, ist der Stand der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter in der Gesellschaft sehr tief. Auch wenn sie das Metier frei wählen: Stolz zu sein und zu sagen, dass sie als Sexarbeiterin oder Sexarbeiter tätig sind, getraut sich fast niemand. In unserer Gesellschaft definieren wir uns praktisch nur über unseren Wert. Darum ist es nicht erstaunlich, dass bei dieser Geringschätzung vermehrt psychische Probleme und Sucht entstehen. Dass ein solches Angebot nicht besteht oder dass nach der Auflösung der Stelle am Universitätsspital keine neue entstand, ist für uns erstaunlich. Das Angebot an der Kanonengasse ist anerkannt. Es ist bekannt, dass bei gesundheitlichen Problemen die Türen offenstehen. Wenn dort nun auch eine Psychiaterin oder ein Psychiater aufgesucht werden kann, ohne dass man sich outen muss, bedeutet den gewünschten niederschweligen Ansatz. Die Digitalisierung im Bereich der Psychotherapie ist fortgeschritten, erfolgreiche Projekte wurden bereits ausgeführt. Wenn die Therapie über Skype weitergeführt werden kann, führt das dazu, dass die Betroffenen am Ende gesünder sind.

Ernst Danner (EVP): Die EVP unterstützt den Vorstoss mit Überzeugung. Die Prostitution bedeutet nicht nur ein körperliches Risiko, sondern insbesondere eine psychische Gefährdung. Es gibt sehr wenige Prostituierte, die nicht früher oder später an psychischen Problemen leiden, was oft mit Sucht- und Alkoholproblemen verbunden ist. In den acht Jahren, in denen ich Rekurse im Ausländerrecht behandelte, begegnete ich erstaunlich vielen Fällen von Frauen über vierzig oder fünfzig Jahren, die psychisch am Ende und nicht mehr arbeitsfähig waren, in die Sozialhilfe abglitten und über kein Auffangnetz verfügten. Wenn rechtzeitig und früh Hilfe angeboten werden kann, um die psychischen Probleme zu überwinden – oder auch wenn geholfen werden kann, Alternativen zu finden, Berufe, die sie ertragen können, an denen sie Freude haben und gesund bleiben – dann haben wir sehr viel erreicht. Damit werden auch die investierten Finanzen bei weitem wieder eingeholt.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Das Argument der Selbstverantwortung kommt nicht unerwartet. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der mit Selbstverantwortung entschieden werden kann, Sexarbeit zu betreiben. Das ist leider nicht der Fall. Viele der betroffenen Frauen und Männer müssen dieser Arbeit nachgehen, weil für sie keine Alternative besteht. Es gibt nur wenige, die dieser Arbeit selbstbestimmt und «empowered» nachgehen. Das ausgewiesene Leiden in Abrede zu stellen, halte ich für sonderbar. Es handelt sich um eine Arbeit, die in unserer Gesellschaft alles andere als angesehen ist. Die Gewalt, die die Frauen bei der Arbeit erleben, weil wir sie nicht juristisch schützen,

4 / 4

ist eine Realität. Zusammen mit der Frauenberatung Flora Dora und anderen Organisationen schätzten wir die Situation ein: Da im Ambulatorium an der Kanonengasse bereits medizinisches Personal vorhanden ist, ist es sinnvoll, dass dort mit der Psychiatrie zusammengearbeitet wird. Fachleute sind vorhanden. Dass sich das Universitätsspital von diesem Angebot trennte, geschah aus politischen Gründen: Es handelt sich um eine Klientel, die nicht rentiert. In Basel leite ich ein Zentrum, von dem aus ich Menschen in der gesamten Schweiz betreue. Mit meinen Klientinnen und Klienten stehe ich im ständigen E-Mail- und Skype-Kontakt. Diese Form der Digitalisierung stellt heute kein Problem mehr dar.

Das Postulat wird mit 90 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat